

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2015 Nr. 161

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Stopp Militärzwang.



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Dieses Jahr wird uns friedenspolitisch viel abverlangen: Herausforderungen und Themen gibt es genug. 2015 wird als «Gedenkjahr» alte Fragen wieder neu aufwerfen. Allen voran die Frage der Definition der schweizerischen Neutralität im Spannungsfeld von Marignano (1515) und dem Wiener Kongress (1815). Auch die Bemühungen zur Beendigung der grossen Kriege des letzten Jahrhunderts rücken mit dem Jubiläum der Zimmerwalder Konferenz von 1915 und dem Jubiläum des Endes des 2. Weltkrieges in die Zeitungsspalten. Die Frage stellt sich: Wo bleiben vergleichbare Bemühungen um die Beendigung der aktuellen Kriege?

Ausführlich thematisieren wir die Folgen des Bürgerkrieges in Syrien und dem Irak mit der Frage des Pazifismus in Zeiten von Kobanê (Seite 7), sowie mit einem Artikel über den Besuch in Flüchtlingslagern an der syrisch-türkischen Grenze (Seite 6). Zweites grosses Thema dieser Ausgabe ist die Rolle von Frauen in der Friedenspolitik. In einem Interview auf Seite 5 legen zwei aktive Frauen ihre Sicht auf die Friedensarbeit dar. Daneben stehen die Entwicklungen der Schweizer Rüstungspolitik im Fokus der Zeitung, mit der Beschaffung von Militärdrohnen aus Israel sowie dem geplanten Kauf von Transportflugzeugen durch die Armee.

Der Anschlag auf «Charlie Hebdo» beschäftigt auch uns (Gregor auf Seite 8), besonders durch seine kruden Folgeerscheinungen. In der «Basler Zeitung» forderte Anfang Jahr Christian Keller als Reaktion auf die Geschehnisse in Paris gar die Abschaffung des Zivildienstes, nach dem Motto «Jeder Mann muss einrücken» wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Dass diese Logik der militärischen «Verteidigung» westlicher Werte, sei es in Afghanistan oder dem Irak eine Hauptursache des momentanen Terrorismus ist, ignorieren er und die Befürworter militärischer Lösungen geflissentlich. Der Zivildienst ist der Prügelnabe der Militaristen (Seite 4), die alles versuchen, um eine sinnvolle Alternative zum Militärdienst zu verunmöglichen – dem müssen wir entgegenarbeiten.

Für das Redaktionsteam

Adi Feller

VERANSTALTUNG

Frieden im Krieg: Gestern. Heute. Morgen.

100 Jahre Kleiner Friede im Grossen Krieg – 25 Jahre Initiative für eine Schweiz ohne Armee. Am 23. November fand im 5ème Etage in der Berner Matte eine Veranstaltung statt, an der die GSoA auf diese zwei friedenspolitisch bedeutenden Ereignisse zurückblickte, aber auch Ideen für heute und die Zukunft diskutierte.

Von Nora Komposch

Am Anlass der GSoA nahmen mehr als 80 Friedensbewegte aus der ganzen Schweiz teil. Im Zentrum der Veranstaltung stand das Referat des Journalisten und Buchautors Andreas Zümach zur Frage nach möglichen Lösungen für die aktuellen Konflikte. Zümach publiziert seit Jahren zu den Themen Völkerrecht, Menschenrechte, Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und internationale Organisationen. Er schaffte es mit seinen historischen Ausführungen zum Krieg in Syrien und Irak aufzuzeigen, dass aktuelle Konflikte nicht losgelöst von ihrer Entstehung und deren Verbindung zu westlicher Intervention betrachtet werden dürfen.

Die Schweiz profitiert vom Krieg – die GSoA kämpft dagegen

Nach dem Referat diskutierten die Anwesenden engagiert über Ursachen und Lösungsansätze. Thema der Diskussion war natürlich auch die Rolle der Schweiz, die noch immer Waffen in Krisengebiete exportiert. Die Schweiz profitiert von Krieg und Zerstörung. Mit der Lockerung der Kriegsmaterialexportverordnung, die Anfang November in Kraft getreten ist, dürften die Exporte weiter zunehmen. Schon im Jahre 2014 gehörte die Schweiz zu den weltweiten Top Ten der Kriegsmaterialexporture. Während dem Apéro nutzten verschiedene anwesende VertreterInnen der Jungparteien und der Friedensstiftung «swisspeace» das offene Mikrofon und gratulierten der GSoA. Sie wünschten sich auch für die Zukunft die starke antimilitaristische und friedenspolitische Stimme der GSoA in der Politik. Die Friedensbewegten der GSoA nahmen die Worte von Fabian Molina, Lena Frank, Seraina Patzen und Annemarie Sancar dankend entgegen, bevor ein Film über den Weihnachtsfrieden von 1914 über die Leinwand lief.

EINLADUNG

Vollversammlung am 19. April 2015

(ms) In Europa wird aufgerüstet, Sicherheitspolitik wird vermehrt mit Militärpolitik gleichgesetzt und die Beschaffung hochmoderner Überwachungssysteme gehört mittlerweile für viele Armeen zum guten Ton. Auch in der Schweiz lässt sich der Trend dazu beobachten. So steht 2015 der umstrittene Kauf von sechs Drohnen des Typs Hermes 900 aus Israel an.

An der VV im Kreuz in Solothurn werden wir mit spannenden ReferentInnen auf diese aktuellen Entwicklungen und den internationalen

Gesamtrend eingehen. Neben den informativen Vorträgen und einem interaktiven, spannenden Programm werden wir über eine Fusion mit der GSSA diskutieren.

Die VV beginnt um 10:15. Die GSoA offeriert ein feines Mittagessen im Restaurant Kreuz. Wir freuen uns auf zahlreiche TeilnehmerInnen und bitten um eine kurze Anmeldung an gsoa@gsoa.ch. Weiterführende Informationen werden wir auf www.gsoa.ch veröffentlichen.

EINSÄTZE IM INNEREN

Verfassungswidriger Einsatz der Armee in Basel

(tl) Am 4. und 5. Dezember tagte der MinisterInnenrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Basel. Damit die 1200 Delegationsmitglieder aus 57 Staaten auch ungestört diskutieren und dinieren konnten, wurden über 3'500 Angehörige der Armee eingesetzt, die weite Teile von Basel abriegelten und das alltägliche Leben der Einwohnerinnen und Einwohner insbesondere von Kleinbasel stark beeinträchtigten. In

einer mehrere hundert Meter grossen Pufferzone rund um das Messegelände war während zwei Tagen an ein normales Leben nicht zu denken: Ausweispflicht, Unterbrechung des Tram-Betriebs und Personendurchsuchungen prägten die beiden Tage, und stiessen bei den Anwohnerinnen und Anwohnern nicht gerade auf Begeisterung. Über all diesem Treiben lauerten Scharfschützen, Drohnen und bewaffnete Helikopter, bereit für... Ja, wofür eigentlich?

Um darauf aufmerksam zu machen, mit welchem Überangebot die Armee in Basel aufgetreten war, führte die GSoA anlässlich der Medieninformation eine Aktion durch: Ein Bataillon der Clown-Armee sperrte symbolisch den Zugang zur Medienkonferenz ab, und forderte Journalistinnen und Passanten dazu auf, sich auszuweisen. Damit protestierten wir gegen die zunehmenden Einsätze der Armee im Inneren, die in Widerspruch zur Verfassung stehen. Die Aktion wurde von den Medien gut aufgenommen, und wir werden auch weiterhin stets genau hinschauen, wenn die Armee bewaffnet im Inneren eingesetzt wird.



Ostermarsch

Frieden schafft Raum – dem Frieden Raum schaffen

(nk) Auch dieses Jahr organisiert die GSoA am Ostermontag, dem 6. April, zusammen mit anderen Friedensorganisationen den Ostermarsch in Bern. Wir protestieren gegen Gewalt, bewaffnete Konflikte und Kriege, die zurzeit 51 Millionen Menschen in die Flucht treiben. Diese werden angeheizt von Profitgier, künstlichen Grenzen und der Ausbeutung von Mensch und Natur. Auch die Schweiz ist daran beteiligt, Grenzen zu schliessen und Waffen zu exportieren. Zudem versuchen nationalkonservative Kreise das Völkerrecht immer weiter auszuhöhlen. Anstatt den Krieg zu planen müssen wir den Frieden vorbereiten. Wir fordern deshalb:

- Solidarität zeigen mit Kriegsbedrohten. Grenzen überwinden, in Köpfen und auf Karten
- Völkerrecht stärken. Nur staatenübergreifende Regelungen können den Frieden sichern
- Schweizer Waffenexporte stoppen. Die Schweiz muss aufhören, am Leid und Tod anderer mitzuverdienen

Mehr Infos unter ostermarschbern.ch

HERMES 900

Uelis nächstes Luxusprojekt

Für 250 Millionen Franken will das VBS das Drohnensystem Hermes HFE 900 beschaffen. Dieses Drohnensystem weist komplett andere Leistungsdaten als die heute genutzte Aufklärungsdrohne Ranger 95 auf und ist sicherheitspolitisch kaum zu rechtfertigen. Doch auch die Herkunft der Drohne ist problematisch.
Von Meret Schneider

Es grenzt an Lernresistenz, dass sich das VBS bereits ins nächste Rüstungsdebakel stürzen will. Für 250 Millionen Franken soll die Schweiz sechs Drohnen des israelischen Rüstungsherstellers Elbit Systems kaufen. Im Gegensatz zur viel kleineren Drohne Ranger 95,

die bisher im Einsatz war, beträgt die Flügelspannweite der Hermes 900 15 Meter und mit ihren 1'180 Kilogramm Startgewicht gehört sie zur MALE-Klasse (Medium Altitude, Long Endurance) – für Aufgaben der «taktischen Aufklärung» ist das weder notwendig noch sinnvoll. Aber, man kennt ihn, Ueli will für die «beste Armee der Welt» auch nur Drohnen erster Güte, und da sie laut Mary Dobing, Autorin einer Studie über israelische Drohnen, zum «teuersten, was momentan auf dem Markt angeboten wird» gehört, wird sie das wohl auch sein. Die USA und Israel nutzen Drohnen der MALE-Klasse in erster Linie zum Ausspähen wichtiger Ziele, um sie anschliessend zu bombardieren. Dazu ist die Hermes 900 ebenfalls im

Stand: So kam sie am 8. Juli 2014 über Gaza-Stadt zum Einsatz, auch gegen die Zivilbevölkerung. Nach dieser Militäroperation stiegen die Aktien von Elbit Systems um über sechs Prozent. Das US-Wirtschaftsmagazin Bloomberg Business kommentierte: «Ein Konflikt im Gazastreifen kann sich für die beteiligten Unternehmen als ein effizientes globales Marketing-Tool für ihre Produkte erweisen.» Da scheint etwas dran zu sein – oder warum sonst will das VBS viel zu teure Drohnen, die zudem für Aufgaben wie Grenzüberwachung oder Beobachtung grosser Veranstaltungen absolut nicht angemessen sind? Gut möglich, dass die lukrativen Gegengeschäfte von rund 40 Schweizer Hightechfirmen (darunter Rheinmetall Air Defense, Ruag, Kudelski und Creative Electronic Systems) mit Elbit Systems über Schönheitsfehler wie Unverhältnismässigkeit oder ethische Verwerflichkeit hinwegtrösten.

GLOSSE

Schweizer Ehrlichkeit – eine Frage der Interpretation

(ch) Anhänger der gewalttätigen Konfliktlösung schmeissen 2015 eine Party: Das 500-Jahr-Jubiläum der Schlacht bei Marignano – eines Blutbads, das in der ohnehin nicht unblutigen Geschichte der alten Eidgenossenschaft seinesgleichen sucht. Die eidgenössischen Truppen, allenthalben wegen ihrer Bestialität gefürchtet und mit nichts bewaffnet als ehrlichen Hellebarden, wurden vom französischen Militär feige und unwürdig mit Feuerwaffen niedergemetzelt. Nun kann man sich fragen, was es an einer solchen historischen Niederlage zu feiern gibt. Da gibt es zum Beispiel die Interpretation der Stahlhelmfraktion, die meint, Marignano sei die Wurzel der Schweizer Neutralität. Die Schlacht habe die schweizerischen Grossmachtspläne zerschlagen und eine Besinnung auf die Eigenständigkeit bewirkt. Dass das schweizerische Söldnerwesen erst über 300 Jahre später zum Erliegen kam, hält sie für nicht der Rede wert.

Charmant ist auch die Auslegung von Armeechef Blattmann. Für ihn ist Marignano eine Warnung unbeschränkter Gültigkeit, das Wehrwesen ständig weiterzuentwickeln. Es sei nötig, zurückzuschauen, um daraus «ehrliche Lösungen» für die Zukunft aufzuzeigen. Was er damit wohl meint? Vielleicht die Ausmusterung der Tiger-F-5-Jets und die Beschaffung neuer Flugzeuge um jeden Preis – ungeachtet des Volks-Neins zum Gripen-Kauf im vergangenen Mai? Seit der Jahrtausendwende bemüht sich das VBS ehrlich, den Tiger zum Schrotthaufen zu reden, der mit keinem Geld der Welt zu retten ist. Dumm nur, dass Brasilien gerade das Gegenteil bewiesen hat, indem es 45 Tiger für 285 Millionen Dollar auf den Stand brachte, den es offenbar für der sicherheitspolitischen Weltlage angemessen hält. Auch kaufte die US-Navy kürzlich 44 der Schweizer F-5-Maschinen mit Handkuss zurück. Wenn die weltweite Stahlhelmfraktion 2023 das 60-jährige Tigerjubiläum feiert, dann wohl ohne Beteiligung der Schweiz – aber vielleicht mit einer ehrlichen Flugshow der ausgemusterten Patrouille Suisse.

TRANSPORTFLUGZEUGE

Das Rüstungsprogramm zum Absturz bringen

Zehn Jahre nachdem zwei Transportflugzeuge zum Absturz eines ganzen Rüstungsprogramms geführt hatten, wollen es 25 StänderätInnen nochmals versuchen.
Von Jo Lang

Am 16. März 2005 stürzte erstmals in der Schweizer Geschichte ein Rüstungsprogramm ab. Den Total-Crash verursacht hatten ausgerechnet zwei Transportflugzeuge. Weil die Einigungskonferenz von National- und Ständerat an den Transportflugzeugen festgehalten hatte und weil der Nationalrat auch in der dritten Abstimmung mit 97 zu 82 Stimmen dagegen war, stand die Schweizer Armee ohne Rüstungsbudget da. Jetzt wollen 25 StänderätInnen aus CVP, FDP, BDP, SVP und SP den damaligen Entscheid rückgängig machen. Das Hauptargument des Bundesrates war das knappe Ja des Volkes zu militärischen Auslandseinsätzen vom 10. Juni 2001 gewesen. Das war durchaus kohärent: Wer in den Krieg ziehen will, braucht «Lufttransportkapazität». Allerdings waren zwei Jahre nach Beginn des Irak-Feldzugs zusätzlich zu den Grünen und zur SVP

auch die meisten SozialdemokratInnen kriegsmüde geworden. Abschreckend auf viele Linke wirkten noch folgende Argumente: «Rasches Verlegen von Polizeiverstärkungen an Ort von Krawallen, eventuell grenzüberschreitend», «Ausschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern», «Denkbar auch für VIP-Transporte», beispielsweise ans WEF nach Davos.

«Putsch der Armeeabschaffer»

Die GSoA hatte beim damaligen Sieg eine wichtige Rolle gespielt. Deshalb lag die FDP, die von einem «Putsch der Armeeabschaffer» sprach, nicht ganz falsch. Tatsächlich war der von der GSoA verlinkten Linken ein taktisches Meisterstück gelungen: Als nach der zweiten Abstimmungsrunde in National- und Ständerat feststand, dass jener gegen und dieser für Transportflugzeuge war, fassten die Grünen und die SP-Mehrheit das Ziel, das ganze Rüstungsprogramm zu Fall zu bringen. Dafür mussten aber die linken Ständeräte, die zuerst zu einem Nein zu den Transportflugzeugen überzeugt worden waren, in der Einigungskonferenz für deren Beschaffung stimmen. Hätte sich dieses Organ

zu einem Rüstungsprogramm ohne Transportflugzeuge durchgerungen, wäre der Ständerat diesem Kompromiss gefolgt und es hätte zwischen den beiden Kammern keine Differenz mehr gegeben. Damit wären nicht 647 Millionen, sondern «bloss» die 109 Millionen für die beiden Flieger eingespart worden.

Am 4. Dezember 2014 hat einer der Verlierer von 2005, der Zuger Ständerat Peter Bieri, einen Neuanlauf gestartet. Die Argumente sind etwas geschickter als damals, aber es läuft auf dasselbe hinaus: Einsätze für «zivile und militärische Friedenseinsätze», bei der «Katastrophenhilfe» sowie für die «Rückführung von SchweizerInnen». Um im Nationalrat die SVP zu gewinnen, werden dann sicher noch die Rückschaffung von Flüchtlingen oder der Antiterrorismus dazu kommen. Auch die Gegenargumente sind die gleichen geblieben: Für zivile Einsätze kann man bei Bedarf jederzeit Transportflugzeuge mieten, die für den konkreten Fall passend sind. Und die militärischen Auslandseinsätze lehnen wir – mit der Mehrheit der BürgerInnen – ohnehin ab.

Ostermarsch 6.4.2015 Marche de Pâques

Frieden schafft Raum –

La paix crée de l'espace –

faire de la place pour la paix

dem Frieden Raum schaffen

13.00
Auftritt départ
Eichholz an der Aare
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis
Endstation Wabern
à la gare tram 9 direction
Wabern descender terminus
Wabern

14.30
Schlusskundgebung Clôture
Münsterplatz Place de la Col-
légiale
mit avec: Amanda Gavilanes
(GSoA GSoA) und Ahmad Abo
Alros (Kriegsdienstverweiger-
er aus Palästina/Syrien ob-
jecteur de conscience de Pâ-
lestine/Syrie)

Musik Musique:
LOS VACIOS DE CHARLY
(Cumbia, Reggae, Samba, Ska)
losvaciosdecharly.com

Feines Essen und Trinken aus
dem Jura Restauration jura-
sienne lescheminsdubio.ch

ostermarschbern.ch/marchedepaques.ch

Gripen-Geld für Rüstungsgüter? Ständerat sagt nein

(tl) Die GSoA feierte mit der Ablehnung des Gripens einen grossen Erfolg. Wir haben damit nicht nur zum ersten Mal eine Abstimmung gegen die Armee und die Rüstungsindustrie gewonnen. Die Vox-Analyse zeigte auch klar, dass insbesondere finanzielle Gründe stark zum Absturz des Gripens beitrugen. Die Stahlhelmfraktion des Nationalrats wollte aber das klare Votum gegen eine weitere Aufrüstung nicht zur Kenntnis nehmen und beschloss am 22. September 2014, die frei gewordenen Gripen-Gelder trotzdem für weitere Armeebeschaffungen zu verwenden.

Dieser Missachtung des Volkswillens hat der Ständerat nun einen Riegel vorgeschoben: Einstimmig beschloss er, die Motion, die den Bundesrat verpflichtet hätte, bis im Februar 2015 ein weiteres aufgeblähtes Rüstungsprogramm vorzulegen, abzuschliessen. Nicht einmal Ueli Maurer hatte sich für diese zusätzlichen Ausrüstungskäufe ausgesprochen. Damit wird nun Geld frei für andere, sinnvolle und notwendige Ausgaben: Nach der Ablehnung des Gripens ein erneuter Erfolg für die GSoA.

ERSTER WELTKRIEG

«Ich kann nicht einrücken, nachdem ich dieses Völkermorden miterlebt habe!»

Während dem Ersten Weltkrieg stiegen die Zahlen jener, die den Dienst in der Armee verweigerten, markant an. Gab es vor dem Krieg nur vereinzelte Menschen, die sich gegen den Marschbefehl stellten, waren es alleine im Jahre 1917 über 50 Anklagen gegen Kriegsdienstverweigerer aus politischen und religiösen Motiven.

Von Stefan Dietiker

«Ein kleiner Saal. Etwas erhöht das Gericht, ein Bundesrichter als Vorsitzender, daneben einige Offiziere (darunter ein bekannter Sozialdemokrat!) und Soldaten. Vor den Schranken die Pulte für Ankläger und Verteidiger und dann die Angeklagten und das Häuflein Zuhörer. Zwei Schlachtreihen!»

So schilderte Leonhard Ragaz die Szene vor dem Divisionsgericht 5 in Aarau, wo Wolfgang Schwemmer mit zwei weiteren Kriegsdienstverweigerern vor Gericht stand. Der Ausruf am Schluss zeigt den grösseren Kampf, der im Saal stattgefunden hatte. Alle drei Angeklagten hatten sich entschlossen, keinen weiteren militärischen Dienst mehr zu leisten. Sie wiesen

jegliche Beteiligung am Kriegsdienst – auch den Dienst als Sanitätssoldat – mit dem Verweis auf ihr Gewissen ab.

«Du sollst nicht Töten» – antimilitaristischer Pazifismus

Obwohl das Militärstrafgesetzbuch, eine Verweigerung aus Gewissensgründen gar nicht kannte, wurde das Gewissen der Angeklagten untersucht und bewertet. Der Militärjustiz ging es darum, die echten Kriegsdienstverweigerer von den «Nichtstuern» und andern «Agitatoren» zu unterscheiden. Eine klare Trennung zwischen religiösen und politischen Motiven liess sich aber nicht in jeden Fall ziehen. Ob das Gewissen als edel oder unedel bewertet wurde, hing stark von den jeweiligen Grossrichtern, Auditoren und Untersuchungsrichtern der Militärjustiz ab.

Die meisten Kriegsdienstverweigerer begründeten ihr Handeln aus einem Konglomerat von politischen, sozialen, religiösen und moralischen Argumenten. Teilweise beriefen sich die Kriegsdienstverweigerer auf die Bibel und das Gebot «du sollst nicht töten», andere waren

überzeugt mit ihrer Tat einen ersten Beitrag zur Beendigung des Krieges geleistet zu haben, und wiederum andere waren überzeugt, dass die bewaffnete Macht nur dem Schutze des Besitztums diene.

Staatspflicht kommt vor dem Gewissen.

Grundsätzlich hatte eine Verurteilung durch das Militärgericht keinen Ausschluss aus der Armee zur Folge. Dies führte dazu, dass die Kriegsdienstverweigerer wegen ihrem Gewissen mehrmals vor dem Militärgericht landeten. Viele Gewissenstäter wurden psychiatrisch untersucht, um festzustellen, ob sie überhaupt rechtlich für ihr Handeln belangt werden konnten. So wurde in einigen Fälle das Gerichtsverfahren wegen Unzurechnungsfähigkeit eingestellt und die betroffenen Personen aus der Armee entlassen.

Während nun die Militärgerichte zwischen wahren und falschen Gewissenstärern unterschieden, wurden selbst die wahren Gewissenstäter als «religiöse Schwärmer» und «Irre» bezeichnet. Die Pathologisierung der Überzeugungen diente zur Stigmatisierung der Kriegsdienst-

verweigerer. Ihre Gewissen sollten zwar anerkannt, die Staatspflicht aber für wichtiger erklärt werden.

Politische Motivation der Gerichte

Die Kriegsdienstverweigerer wurden nicht nach einer rein juristischen Wertung des Tatbestands verurteilt. In den Urteilen der Militärjustiz werden vielmehr politische und soziale Ordnungsvorstellungen expliziert und reproduziert. Schon während des Ersten Weltkrieges schrieb Leonhard Ragaz über die Ausführungen des Gerichts im Falle Baudraz, dass diese ein «kostbares Stück Psychologie des vulgären ›Freisinns‹ und der vulgären ›positiven‹ Frömmigkeit zugleich» seien.

Wie vor hundert Jahren gibt es heute immer noch Menschen, für die das Gewissen nach der Staatspflicht kommt. Militärdienstverweigerer oder Zivildienstleistende sind in ihren Augen nichts anderes als Drückeberger. Jenen Menschen müssen wir zeigen, dass die Gründe gegen den Militärdienst tausendfach sein können und dass sie alle ihre Berechtigung haben.

DIENSTPFLICHT

Drohender Rückschritt beim Zivildienst

Seit seiner Einführung im Jahr 1996 dauert das Tauziehen um den Zivildienst an. Aktuell sehen MilitärbefürworterInnen ihre Armee erneut vom zivilen Ersatzdienst bedroht, weshalb sie ihn mit Nachteilen und Hürden versehen und damit unattraktiver und unzugänglicher machen wollen.

Von Nikolai Prawdizic und Daniela Fischer

Mit überwältigender Mehrheit haben die Schweizer Stimmberechtigten 1992 der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes (Zivildienst) zugestimmt. Diese Zusage war hart erkämpft: Die GSoA formulierte kurz zuvor den «Aufruf zur Tat», einen Aufruf zur massenhaften Dienstverweigerung, um Druck für die Einführung eines Zivildienstes zu erzeugen. Als der Zivildienst 1996 dann endlich eingeführt wurde, war er noch mit zwei essentiellen Hürden ausgestattet: der anderthalbmal so langen Dauer im Vergleich zum Militärdienst und der Gewissensprüfung. Die Abschaffung der Gewissensprüfung gelang mittels einer parlamentarischen Initiative von Heiner Studer Ende 2008. Ab dem 1. April 2009 reichte zur Zulassung in den Zivildienst

die Bereitschaft der Dienstpflichtigen, die anderthalbfache Dauer an Diensttagen zu leisten als «Tatbeweis».

Drohender Rückschritt

Obwohl sich während der Wehrpflicht-Initiative neu auch bürgerliche Politiker positiv zum zivilen Ersatzdienst äusserten, führen die bürgerlichen SicherheitspolitikerInnen seit mehreren Monaten wieder ihren Kampf gegen den Zivildienst. Zwar wurde bereits 2011 der Zugang zum Zivildienst erstmals wieder erschwert und das finanzielle Entgelt der Dienstleistenden gekürzt. Aber einigen ist das noch nicht genug. Sie fühlen sich von wachsenden Gesuchszahlen für den Zivildienst bedroht und fordern Restriktionen.

Im Rahmen der Diskussion um die Zivildienstrevision im vergangenen November hat eine knappe Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N) der parlamentarischen Initiative «Stopp dem Jekami im Zivildienst» von alt Nationalrat Edi Engelberger (FDP) Folge geleistet. Demnach sollten bis zur Sitzung Ende Januar Vorschläge zu Zugangsbeschränkungen zum Zivildienst ausge-

arbeitet werden. Mit dieser Entscheidung missachtet die SiK-N auch die Tatbeweislösung. Der Zivildienst wird noch stärker in Frage gestellt als zu Zeiten der Gewissensprüfung.

Einzelne Militärs träumen davon, dass junge Männer, die bereits mit der RS begonnen haben, nicht mehr zum Zivildienst wechseln dürfen. Ein solcher Vorschlag wird zur Zeit in der SiK-N beraten. Das käme einem gewaltigen Rückschritt in die Zeiten des Kalten Krieges gleich, wo Dienstverweigerung mit Gefängnis bestraft wurde.

Verpasste Chance

Dass so viele junge Leute gerade während dem Militärdienst in den Zivildienst wechseln, ist ein deutliches Signal. Sie wollen ihre Zeit sinnvoll einsetzen, was in der Armee nicht der Fall ist. Der Zugang zum Zivildienst sollte entsprechend vereinfacht und nicht erschwert werden. 20 Jahre nach der Einführung des Zivildienstes muss endlich anerkannt werden, dass der Zivildienst eine echte Alternative zum sinnlosen Militärdienst darstellt und als solche auch von Tausenden von jungen Schweizern geschätzt wird.



In der Frühlings- und Sommersession beraten National- und Ständerat die Revision des Zivildienstgesetzes. Die Vorlage steht unter keinen guten Vorzeichen. Die mutlose Botschaft des Bundesrates zeigt, dass der zivile Militärsatzdienst noch immer ungerecht behandelt wird. Hinzu kommt eine Mehrheit der SiK-N, die nun wieder in die Schützengräben gestiegen ist und den Zivildienst grundlegend bekämpft. Die Revision wäre eine Chance für die Förderung des zivilen Engagements, doch wie es aussieht, soll sie nun eher noch die Ungleichbehandlung des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst zementieren. Trotz den schwierigen Aussichten bleibt die GSoA hartnäckig. Sie wird sich intensiv dafür einsetzen, dass die Hürden für den Zivildienst nicht weiter erhöht, sondern abgebaut werden und dessen Dauer der Länge des Militärdienstes angepasst wird.

GENDER

Frauen in der Friedensbewegung

Annemarie Sancar und Jacqueline Fehr berichten im Interview über ihre Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen Frauenbewegung, Friedensbewegung und Sicherheitspolitik.

Von Nikolai Prawdzcic und Meret Schneider

Annemarie, was sind deiner Meinung nach Errungenschaften der Frauen in der Friedensbewegung?

Annemarie Sancar: Da ist für mich einerseits die Thematisierung der Zusammenhänge von Geschlecht und Krieg, Geschlechterhierarchien und Armee, Geschlecht und Gewalt in der Öffentlichkeit. Andererseits ist es die Tatsache, dass Frauen über die Friedensbewegung öffentlichen Raum gewonnen haben, wie zum Beispiel die Geschichte von swisspeace zeigt.

Die Frauenbewegung war stark verknüpft mit Friedensbewegungen. Wie hat euch die Friedensbewegung geprägt?

Jacqueline Fehr: Die Frauenbewegung, die mich politisierte, war jene der 90er Jahre. Aspekte der Gewalt waren das zentrale Thema der Frauenbewegung: Häusliche Gewalt, Missbrauch und die systematische Gewalt gegen Frauen im Krieg. Dies war eine starke Bewusstseinsbildung: Die Instrumente im Privaten werden in der Öffentlichkeit wiederholt und wieder ins Private zurückgespiegelt. Diese wechselseitige Bedingtheit von Gewalt (Gewalt führt zu mehr Gewalt) in der Öffentlichkeit und im Privaten hat mich stark geprägt.

A: Was wichtig ist: Die Frauen-/Friedensbewegung basiert auf internationalen Themen, oft als Reaktion auf konkrete Ereignisse. Die Frauen für den Frieden haben sich international stark gemacht, z.B. im Kontext der Jugoslawienkriege und bezogen auf die UN-Resolution 1325 (Women, Peace and Security). Andere Überlegungen zu Gewalt, wie sie Jacqueline formuliert hat, sind typischer für Innenpolitisches.

Eine Frage zur Geschlechter-Hierarchie: Jacqueline, du hast die letzten zwei Jahrzehnte im Nationalrat erlebt: Wie kann man den Wandel in Bundesbern bezüglich des Umgangs mit Frauen beschreiben?

J: In den letzten 20 Jahren ist viel passiert, aber natürlich zu wenig. An der Armeepolitik kann man sehr gut festmachen, dass es immer wieder Frauen gegeben hat und gibt, die eine prägende Rolle spielen. Es ist sicher nicht mehr so, dass die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) eine reine Männerdomäne ist. Aber es ist wie bei allem: Man geht zunächst in bestehende Strukturen und versucht innerhalb dieser etwas zu verändern. Aber gewisse Dinge sind natürlich strukturinherent.

Aber du würdest keiner jungen Frau anraten, der Armee beizutreten, um die Strukturen von innen zu verändern?

J: Nein. Man kann feststellen, dass die Verfügungsgewalt der Armee gegenüber dem Individuum gesunken ist. Die Armee ist somit ziviler geworden im Umgang mit den Menschen, aber nicht in ihrem Auftrag.

A: Die Armee kann nie eine geschlechtergerechte Sicherheitspolitik betreiben, das ist aufgrund ihres Auftrags gar nicht möglich. Ob aus der Armee heraus überhaupt eine genderbewusste Friedenspolitik kommen kann, bezweifle ich. Die Armee zementiert vielmehr Geschlechterhierarchien, diese sind Teil ihrer Logik.

Könnte man überspitzt sagen, dass die Armee friedfertiger wäre, bestünde sie aus Frauen?

J: Nein, die Armee bewegt sich ja in einem Extrempunkt der Gesellschaft; dort wo es darum geht, im Notfall Leben zu zerstören, um ein anderes Ziel zu erreichen. Damit einher geht eine Hierarchie mit allem was dazu gehört: Gehorsam, Unterwerfung, Aufgabe des Individuums etc.

A: Alle staatlichen Institutionen reproduzieren diese Geschlechterrollen, wenn auch nicht immer gleich offensichtlich. Diese unterschiedlichen Geschlechterrollen zeigen sich auch in den Möglichkeiten, Ressourcen und Strategien, mit Situationen umzugehen. Mich interessiert nicht die Frage nach besser oder schlechter, sondern «Inwieweit breiten sich patriarchal geprägte Geschlechterstereotypen, wie sie die Armee reproduziert, auf zivile Bereiche aus?»

Das erinnert stark an die Weiterentwicklung der Armee, in deren Folge weitere zivile Aufgaben von der Armee übernommen werden könnten. Kann man sagen, dass ein konservativer Trend in Richtung patriarchaler Strukturen zu verzeichnen ist?

J: In der SiK ist die Sprache extrem. Zivildienst darf nicht sein, weil dadurch Männlichkeit verloren ginge. Wie stark das «Männlichkeitsversprechen» der Armee Wirkung zeigt, ist eine Frage nach Alternativen. Kommt ein junger Mann zu Anerkennung, wenn er ein anderes Männlichkeitskonzept hat? Oder wird er verlacht, isoliert, nicht verstanden? Diese Frage nach Alternativen ist letztlich auch der Weg aus der militärischen Logik.

A: In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Verantwortung des Staates: Wie viel Demokratie, wie viel Vielfalt hält ein Staat aus und wie viel fördert er sogar? Wenn nur ein Männlichkeitskonzept belohnt wird, fällt die Vielfalt weg, was natürlich begünstigt, autoritäre Entscheide durchzusetzen.

Könnte man sagen, dass der feministische Kampf um die Rechte der Frau einhergeht mit einem antimilitaristischen Kampf durch die verbindende Forderung nach Emanzipation?

J: Das Militär und militärische Strukturen müssen Gegenstand feministischer Kritik sein, da dort viel von dem Konzept genährt wird, gegen das der Feminismus ankämpft. In der Armee wurden Geschlechterstereotypen in

konzentriertester Form befördert. Wenn wir die Rolle des Militärs in der Gesellschaft marginalisieren können, gäbe es mehr Raum für andere Geschlechtermodelle. Durch die Relativierung der Armee entstand bereits eine Auffächerung der Geschlechterrollen, diese Wechselwirkung war sehr stark. Natürlich war es damals förderlich, dass die Wirtschaft über den fehlenden Sinn der Armee nachzudenken begann.

A: Im Zentrum friedenspolitischer Motivation stehen für mich die Fragen, wer was unter welchen Bedingungen tut, mit wie vielen Ressourcen und für welche Gegenleistung, wie sich Veränderungen darauf auswirken und welche Rolle dabei die Geschlechterkomponente spielt. Die Sozialpolitik ist daher wichtig für das, was eigentlich Sicherheitspolitik wäre, die Grundlage sozusagen. Dennoch ist es enorm schwierig, diese Verknüpfung zu machen und eine Sicherheitspolitik zu formulieren, die auch losgelöst von Armee und Militär verstanden und umgesetzt werden kann.

J: Ein wichtiges Stichwort ist der Alltag. Aufgrund der heutigen Rollenverteilung sind Frauen häufig stark mit Alltagsproblemen beschäftigt und sehen aus dem Alltag heraus andere Sicherheitsbedürfnisse. Ich glaube, dass wir im Moment im Kulturkampf an einem Punkt stehen, wo das Erreichte bald unumkehrbar wird. Die konservative Bewegung erscheint mir dabei wie ein Baum, der, kurz bevor er verdorrt, noch einmal mit letzter Kraft ausschlägt und neue Triebe produziert.

A: Allerdings: in der ganzen Geschlechterdebatte kommt meiner Meinung nach oft zu kurz, dass auch unter Frauen aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten und Ressourcen enorme Hierarchien bestehen. Zu fest verankert (auch im Verständnis des Gender Mainstreaming) ist das neoliberale Prinzip, dass alle, die sich anstrengen und individuelle Verantwortung übernehmen, Erfolg haben könnten. Die Verknüpfung von Geschlechterhierarchien und sozialer Zugehörigkeit sind aber zentral, weil sie Aufschluss über Machtverhältnisse und Ausbeutung geben - also den Kern der Geschlechterungleichheiten.



Annemarie Sancar ist Gender-Beauftragte KOFF/swisspeace (<http://koff.swisspeace.ch>), in der Gleichstellungskommission der Grünen Partei und im Vorstand WIDE (Women In Development Europe), Schweizer Sektion.

Jacqueline Fehr ist Vizepräsidentin und Nationalrätin der SP Schweiz und kandidiert am 12 April für den Zürcher Regierungsrat.

KURDISTAN

Besuch an der syrisch-türkischen Grenze

Ende November reiste ich mit drei Freunden in die Türkei, um mir selber ein Bild von der Situation in den kurdischen Flüchtlingslagern zu machen und mit betroffenen Menschen direkt zu sprechen.

Von Tobias Estermann

Bereits kurz nach unserer Ankunft konnten wir ein jesidisches Flüchtlingslager in Diyarbakir (etwa 200 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt) besuchen. Die JesidInnen bilden eine eigene monotheistische Religionsgemeinschaft und werden von den Islamisten als Ungläubige und Teufelsanbeter bezeichnet und verfolgt. Die Geschichten, die wir dort zu hören bekamen, waren schockierend. Die Menschen erzählten uns von den Massakern des sogenannten «Islamischen Staats» (IS) und dass sie keine Zukunft für ihre Religionsgemeinschaft im Irak sähen. Sie schilderten, wie sich selbst ihre Nachbarn teilweise an den Verfolgungen beteiligten und zahllose Menschen hingerichtet wurden.

Die sehr bildhaften Erzählungen liessen uns leer schlucken. Auf die Frage, weshalb sie sich nicht zur Wehr setzten, erklärten sie, dass das einzige wenige tun. Diese Kämpfer versuchten aber nur, die verschleppten Frauen und Töchter zu befreien. Eine Zukunft sähen auch sie keine mehr. Den Menschen in diesem Camp stand die Hoffnungslosigkeit ins Gesicht geschrieben. Sie erhofften sich, dass wir uns in Europa für ihre Situation einsetzen würden, damit sie wieder in Frieden leben können.

Am nächsten Morgen trafen wir in Suruç ein, einer kleineren Stadt nahe der Grenze zu Syrien. Dort besuchten wir Çavit, der mit seiner Familie in seinem Haus bis zu 200 Flüchtlingen Unterschlupf bot. Diese unmittelbare Hilfsbereitschaft beeindruckte uns tief. Eine solche Solidarität der Menschen untereinander bekamen wir in den wenigen Tagen unseres Besuchs allerdings noch öfters zu spüren. Die Menschen teilten mit uns, was sie hatten, auch wenn es nicht viel war. Wenn ein Flüchtlingskind einem

«Westler» im Vorbeilaufen die Hälfte seiner Mandarine anbietet, erscheint dies fast surreal.

Kein ethnischer Konflikt

In den Flüchtlingslagern in Suruç bemerkten wir eine grössere Lebensfreude und Hoffnung der BewohnerInnen. So teilten uns alle Gesprächspartner mit, dass sie unmittelbar nach der Befreiung von Kobanê wieder zurückkehren werden und die momentane Situation nur vorübergehend sei. Die Unterstützung und das Feiern der YPG/YPJ (Volksverteidigungseinheiten und Frauenverteidigungseinheiten im kurdischen Syrien), der syrischen Ausgabe der PKK, war allgegenwärtig. So gab es des öfteren Schweigeminuten für die gefallenen Kämpfer oder Gesänge, Parolen und Feste zu ihrer Unterstützung.

Da einer meiner Begleiter Arabisch sprach, konnten wir uns mit den syrischen und irakischen Flüchtlingen ohne lokalen Dolmetscher unterhalten. Im Vorfeld wurde uns davon

abgeraten, Arabisch zu sprechen, da dies die Sprache des IS sei, und wir uns damit keine Freunde machten. Vor Ort jedoch war dies kein Problem. Es wurde uns auch ausdrücklich gesagt, dass kein Hass gegen die arabische Bevölkerung an sich bestehe. So sei dies ein Kampf von Freiheit und Unabhängigkeit gegen den Faschismus des IS und kein ethnischer Konflikt.

In Suruç konnten wir uns mit einem türkischen Antimilitaristen treffen. Von ihm erfuhren wir, dass es auch in ihrer Organisation umstritten sei, ob eine bewaffnete Verteidigung moralisch legitim sei. Allerdings unterstützten viele AntimilitaristInnen die Flüchtlinge und die KurdInnen an sich. Das Hauptengagement liegt allerdings bei der Hilfe und Solidarität für Militärdienstverweigerer. Anders als bei uns gibt es in der Türkei keinen Zivildienst und hohe Gefängnisstrafen für Verweigerer. Zudem macht sich das Militär durch Repression und Unterdrückung besonders bei Minderheiten sehr unbeliebt. Trotzdem seien die meisten UnterstützerInnen ihrer Organisation ethnische TürkInnen, weil viele KurdInnen sich einen pazifistischen Befreiungskampf nicht vorstellen könnten. Dies deckte sich mit unseren Gesprächen mit anderen Menschen, die den bewaffneten Kampf der YPG/YPJ und der PKK in der Türkei für den richtigen Weg hielten.



KORRUPTION UND RÜSTUNGSINDUSTRIE

Wenn eine Hand die andere wäscht

Ende letzten Jahres gab der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall zu, dass ehemalige Manager mehrere Millionen Euro Schmiergeld an griechische Politiker und Beamte bezahlt hatten. Rheinmetall ist dabei nur einer von vielen Rüstungskonzernen, die immer wieder gerne zu Bestechung greifen. Mit dabei ist auch der Gripen-Hersteller Saab.

Von Thomas Leibundgut

Nachdem im November 2014 die Athener Staatsanwaltschaft 13 Mitarbeitende von deutschen Rüstungskonzernen angeklagt hatte, erklärte sich der Rüstungskonzern Rheinmetall im Dezember 2014 dazu bereit, 37 Millionen Euro Busse zu bezahlen. So sollen die Waffenfirmen in Griechenland via den ehemaligen griechischen Marineoffizier Papagiotis Efstathiou rund zehn Millionen Euro an Ministeriumsbeamte und Militärs verteilt haben, damit Griechenland für rund 150 Millionen Euro das Luftabwehrsystem Asrad der Rheinmetall-Tochterfirma RDE kaufte. Die verantwortlichen

ehemaligen RDE-Manager müssen sowohl in Athen als auch in Bremen, dem Sitz von Rheinmetall, mit Anklagen rechnen: Neben Korruption auch wegen Kick-Back-Zahlungen. So haben zwei Manager scheinbar mehrere Hunderttausend Euro via Efstathiou erhalten. Der Konzernchef von Rheinmetall, Armin Papperger, hat zugegeben, dass sein Konzern in Griechenland Schmiergeld bezahlt hat, und hat volle Kooperation mit den zuständigen Behörden versprochen. Zudem akzeptiert Rheinmetall die Busse, die sich aus 300'000 Euro Bussgeld und 36,77 Millionen Euro als Strafzahlung für die illegal erzielten Gewinne zusammensetzt. Weiter muss Rheinmetall 6,4 Millionen Euro an Strafe an die Steuerbehörden abliefern, da sie, besonders dreist, die Bestechungsgelder als Betriebsausgaben von den Steuern abgezogen hatten.

Vorfälle haben System

Ebenfalls im Fokus der Ermittlungen steht Atlas, eine Tochterfirma von Thyssen-Krupp und Airbus, die angeblich dank Korruptions-

zahlungen Waffensysteme für U-Boote nach Griechenland liefern konnte. In diesem Zusammenhang laufen auch gegen mehrere Schweizer Banker Untersuchungen. Weiter wird gegen den Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ermittelt; Die Staatsanwaltschaft München hat bereits im November die Büroräumlichkeiten von KMW durchsucht, da ihnen vorgeworfen wird, beim Verkauf von Leopard-2-Panzern für knapp 1,7 Milliarden Euro ebenfalls Schmiergelder eingesetzt zu haben. Gegen einen Ex-Manager von KMW gibt es seit März vergangenen Jahres einen internationalen Haftbefehl aus Athen, da er etwa eine Million Euro im Rahmen von Verkäufen von Panzerhaubitzen nach Griechenland abgegriffen haben soll. Hausdurchsuchungen – sowohl von Unternehmensräumlichkeiten als auch bei einigen Verdächtigen zu Hause – gab es ebenfalls bei der Rüstungssparte von Airbus. Die Beschuldigten sollen mehrere Millionen Euro eingesetzt haben, um an einen lukrativen Deal zur Grenzsicherung in Rumänien und Saudi-Arabien heranzukommen.

Diese Vorfälle zeigen, dass Korruption im Rüstungsbereich nicht nur vorkommt, sondern System hat. So auch beim Gripen-Hersteller Saab. In mehreren Staaten laufen Untersuchungen gegen den schwedischen Rüstungskonzern. In einem Fall hat Saab sogar zugegeben, geschmiert zu haben. 1999 erhielten BAE und Saab den Auftrag, 26 Gripens für rund drei Milliarden Franken nach Südafrika zu liefern, obwohl die südafrikanische Luftwaffe ein günstigeres italienisches Flugzeug vorgezogen hätte. Dass nicht das von der Luftwaffe gewünschte Modell gekauft wurde, hatte auch mit den rund vier Millionen Franken zu tun, die SANIP, eine Tochtergesellschaft von Saab, an Schmiergelder bezahlt hatte. Gemäss den Ermittlungen des britischen Serious Fraud Office wurden bei diesem Waffengeschäft sogar 290 Millionen Franken an Schmiergeldern eingesetzt. Ein Grossteil dieser Geschäfte wurde via Kompensationsgeschäfte abgewickelt oder durch sie verschleiert. Kompensationsgeschäfte, die bei allen anderen staatlichen Güterbeschaffungen verboten sind, und als Korruption oder Verstoss gegen Wettbewerbsregeln gelten.

«ISLAMISCHER STAAT»

Pazifismus in Zeiten von Kobanê

Wie verteidigt man Demokratie und emanzipatorische Werte gegen einen Gegner, der zu jeder Brutalität bereit ist? Die alte Frage erhält durch den syrischen Bürgerkrieg neue Aktualität. Der Versuch einer Antwort. Von Andreas Weibel

Im Schatten des Krieges gegen Baschar al-Assad rief Anfangs 2014 die kurdische Partei PYD in der Region Rojava drei autonome Kantone aus. Ihr Ziel: Eine selbstverwaltete und ökologische Wirtschaft sowie Gleichberechtigung der Geschlechter, Nationalitäten und Religionen. Die fundamentalistische Organisation «Islamischer Staat» (IS) eroberte im Laufe des Jahres 2014 grosse Teile Syriens und des Iraks und versuchte unter anderem, einen Genozid an der jesidischen Minderheit zu verüben. Im September griffen der IS auch die autonome Region Rojava an. Die Kämpfe gipfelten in der noch immer anhaltenden Belagerung der Stadt Kobanê.

Die Greuelthaten und die krude Ideologie des IS bewegen die Menschen auch in der Schweiz. Es ist völlig klar, auf welcher Seite unsere Sympathien stehen. Dass die Gewaltorgie des IS gestoppt werden muss, steht ausser Frage, und natürlich hoffen wir auf den Erfolg des emanzipatorischen Projekts der Menschen in Rojava. Die Frage ist jedoch: Auf welchem Weg ist das zu erreichen?

Militärische Unterstützung?

Die Antwort der westlichen Medien, Regierungen und auch der Öffentlichkeit kam schnell, war eindeutig und ging quer durch alle politischen Lager: Es braucht ein militärisches Eingreifen. Die USA und weitere Verbündete begannen Luftschläge gegen den IS. Insbesondere Deutschland bewaffnet die kurdischen Peschmerga im Irak und bildet sie an modernen Waffen aus.

Es gibt viele Gründe, das direkte und indirekte militärische Eingreifen zu kritisieren. Erstens: Die heute gelieferten Waffen werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit irgendwann in den Händen von Terroristen landen, sei es weil sie auf dem Schwarzmarkt verkauft oder im Kampf erbeutet werden. Zweitens: Bomben werden nicht zielgenauer,

wenn sie mit guter Absicht töten. Die zivilen Opfer der alliierten Drohnen und Kampfjets dienen dem IS zur Rekrutierung neuer Kämpfer. Drittens: Spätestens nach dem dritten Irakkrieg, der Hunderttausende von Toten forderte, ist der Westen kein glaubwürdiger Akteur in dieser Region mehr. Der Erfolg der radikalen Gruppierung ist eine unmittelbare Folge des Kriegs der Regierung Bush – genau wie die Friedensbewegung gewarnt hatte. Viertens: Der Westen hat sich nur wenig für den IS interessiert, solange sich seine Gewalt vor allem gegen andere MuslimInnen richtete. Auch in Saudi-Arabien werden Menschen geköpft und Mädchen versklavt – ohne dass sich die Weltöffentlichkeit darum kümmert. Diese selektive Wahrnehmung von Konflikten schürt das Gefühl, dass der Westen einen Krieg gegen den Islam führe, und gibt dem IS die Möglichkeit, sich als einzigen schlagkräftigen Verteidiger des Glaubens aufzuspielen.

Politische Handlungsfelder

Auch ohne militärisches Eingreifen gäbe es für den Westen genug zu tun. Am dringendsten braucht es humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in der Region. Aber auch politisch gibt es viele Handlungsfelder: Die schnellen Erfolge des IS lassen sich nicht mit seiner militärischen Stärke erklären. Sondern nur dadurch, dass ein signifikanter Anteil der Menschen in Syrien und dem Irak die Herrschaft des IS der bisherigen Regierung vorzieht. Die Regierung Maliki schickte im Irak die sunnitische Minderheit systematisch und war nie in der Lage, die Sicherheit und die Grundversorgung mit den wichtigsten Gütern des täglichen Lebens zu gewährleisten. Wenn man dem IS die Unterstützung oder die Duldung durch die lokale Bevölkerung entziehen will, braucht es eine Regierung, welche alle Menschen im Irak vertritt. Dass die USA und der Iran ihren Einfluss nutzen, um auf eine bessere Einbindung aller Menschen im Irak zu drängen, ist ein Fortschritt – auch wenn sie den Prozess viel zu spät in Gang gesetzt haben. Der IS verfügt über beträchtliche finanzielle Ressourcen. Das Geld stammt teilweise von Spenden aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten, teilweise aus dem Verkauf von Rohöl. Diese Finanzquellen müssen stillgelegt werden.

Genauso muss die stillschweigende Unterstützung des IS durch die Türkei und andere Staaten in der Region aufhören. Stattdessen sollen sie ihr Gewicht nutzen, um die sunnitischen Stämme im Irak von ihrer Kooperation mit dem IS abzubringen.

Diese Ansätze helfen jedoch nur langfristig. Die brennende Frage ist jedoch: Was kann man in der jetzigen Situation konkret tun, um Rojava zu beschützen? Würden wir nicht zu den Waffen greifen, wenn wir im kurdischen Teil Syriens wohnen? Auf den T-Shirts der GSoA steht: «If war is the answer, the question must be fucking stupid». Gilt das auch, wenn es um die Verteidigung Kobanês geht?

Ziviler Widerstand

Vielleicht gibt es Situationen, in denen es keine Alternative zu bewaffneter Verteidigung gibt. Bedenklich ist jedoch, wie wenig verbreitet das Wissen über zivile Formen des Widerstands ist, die sich historisch als effektiv erwiesen haben. Es gibt ein breites Arsenal von Aktionsformen der Intervention, der Nicht-Kooperation und der Persuasion, die sich auch im Angesicht von brutaler Gewalt als erfolgreich erwiesen haben. Strategen wie Mahatma Gandhi oder Gene Sharp beschäftigten sich während Jahrzehnten mit der Frage, wie gewaltfreier Widerstand funktionieren kann. Auch wenn diese Ansätze von vielen belächelt werden, lohnt sich die Auseinandersetzung mit ihnen. Immerhin hat Gandhi das britische Empire in die Knie gezwungen und Sharp kann sich rühmen, die methodischen Grundlagen unter anderem für den Sturz von Slobodan Milošević in Serbien und die Wende in der DDR geliefert zu haben.

Die Grundidee des zivilen Widerstands ist die Erkenntnis, dass die Macht nicht aus den Gewehrläufen kommt. Die Macht speist sich in erster Linie aus dem Gehorsam und der Kooperation der Beherrschten gegenüber den Machthabern. Das gilt nicht nur für Nationalstaaten, sondern auch für den IS. Wenn man einen Gegner gewaltfrei besiegen will, soll man seine Schwachstellen finden und ihn dort angreifen. Wenn man sich gegen eine Diktatur oder eine Terrorregime auflehnt, ist die militärische Auseinandersetzung hingegen immer die Ebene, auf welcher der Gegner am stärksten ist.

Die Liste erfolgreicher Beispiele von Aktionen des zivilen Widerstands ist lang: Offensichtliche Beispiele sind die Aktionen von Solidarność in Polen, die samtene Revolution in der Tschechoslowakei oder die singenden Revolutionen im Baltikum, die das Ende des Sowjet-Kommunismus einläuteten. Was man sich kaum bewusst ist: Selbst Nazi-Deutschland musste immer wieder vor Akten des gewaltfreien Ungehorsams kapitulieren.

Wie stoppt man den IS?

Was heisst das konkret bezüglich dem IS? Was klar ist: Den IS wird man erst dann besiegen, wenn die SunnitInnen im Irak ihn nicht mehr als das kleinere Übel als die Regierung sehen. Darüber hinaus ist es schwierig, aus der Ferne Analysen zu machen, und es ist anmassend, Ratschläge erteilen zu wollen. Dennoch lohnt sich ein Blick auf gewaltfreie Taktiken, mit denen AktivistInnen in der Vergangenheit gegen extrem repressive Regimes ankämpften: Ein zentrales Konzept von Gene Sharp ist das «politische Jiu-Jitsu». Analog der japanischen Kampfkunst soll die Gewalt des Angreifers gegen ihn selbst verwendet werden. Der IS begeht nicht nur brutale Kriegsverbrechen, er inszeniert sie sogar noch medial. Diese menschenverachtende Propaganda hat dem IS zwar auf dem Schlachtfeld geholfen, weil gegnerische Truppen aus Angst flohen. Gleichzeitig lassen sich die Greuelthaten jedoch nutzen, um den moralischen Anspruch des IS zu untergraben, ein Staat zu sein, der für die Menschen in seinem Territorium sorgt.

Als weitere gewaltfreie Aktionsformen gegen repressive Regimes nennt Sharp beispielsweise: Das Überladen des Justiz- und Gefängnisystems durch massenhafte (Selbst-)Anzeigen. Das absichtliche Überbeanspruchen der vom Staat zur Verfügung gestellten Dienstleistung. Enthüllen der Identität besonders brutaler Kollaborateure. Verschiedenartige Streiks und andere Arten der wirtschaftlichen Nicht-Kooperation. Massenhafte Emigration. Waffengewalt korrumpiert immer und die Folge von Krieg ist selten Freiheit und Demokratie, aber oft eine Gesellschaft, die auf allen Ebenen von Gewalt geprägt ist. Es lohnt sich deshalb, alle Alternativen zu erwägen.

Ein Beispiel für erfolgreichen zivilen Widerstand gegen Nazi-Deutschland:

Die norwegischen Schulen verweigerten kollektiv, den Lehrplan nach den Wünschen der Nazis anzupassen. Als sich der geschlossene Widerstand der Lehrerschaft und der Bevölkerung auch nicht brechen liess, indem hunderte Lehrer ins KZ geschickt wurden, gaben die Nazis nach.



GSoA klärt Rekruten auf

(np) Jedes Jahr müssen tausende junge Männer in die Kasernen der Schweizer Armee einrücken. Sechs Monate lang gilt es dem Drill zu folgen. Oft kommt es vor, dass Vorgesetzte ihre Verfügungsgewalt über die jungen Männer ausreizen, Rekruten schikanieren und ihnen sinnlose Übungen und Strafen auferlegen. Fast immer nehmen die Betroffenen das einfach hin, weil sie nicht wissen, welche Rechte sie als Rekruten haben. Solange die Wehrpflicht noch nicht abgeschafft ist, hilft die GSoA den Rekruten, ihre Rechte wahrzunehmen, um ihren Zwangsdienst erträglicher zu gestalten: An einrückende Soldaten verteilt sie an Sonntagabenden die Soldatenzeitung Panzerknacker. Die Zeitung enthält Tipps, wie man vom sinnlosen Militärdienst wekommt, klärt die Militärdienstleistenden über ihre Rechte im Militär auf, enthält die Telefonnummern von Beratungsstellen und allgemeine Informationen über die Armee.



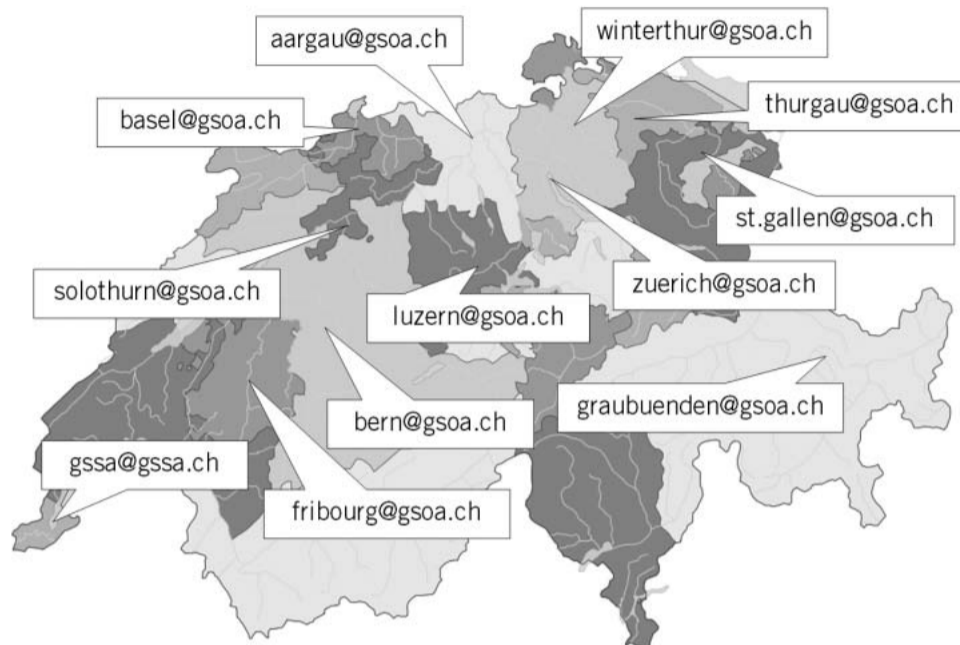
Bestelle ein Exemplar der Soldatenzeitung «Panzerknacker» via GSoA-Website oder Bestelltalon.

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die letzten paar Monate waren für die GSoAtInnen eine sehr intensive und engagierte Zeit. Neben Kreativität und Energie hat die Abstimmungskampagne gegen den Gripen aber auch finanziell einiges gekostet. Natürlich werden wir die Ziele der GSoA weiterhin mit demselben Elan verfolgen. Damit unsere Anstrengungen aber auch künftig weitreichende Konsequenzen haben, brauchen wir auch finanzielle Mittel. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beliebigem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns dieses Engagement und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei. **Herzlichen Dank!**

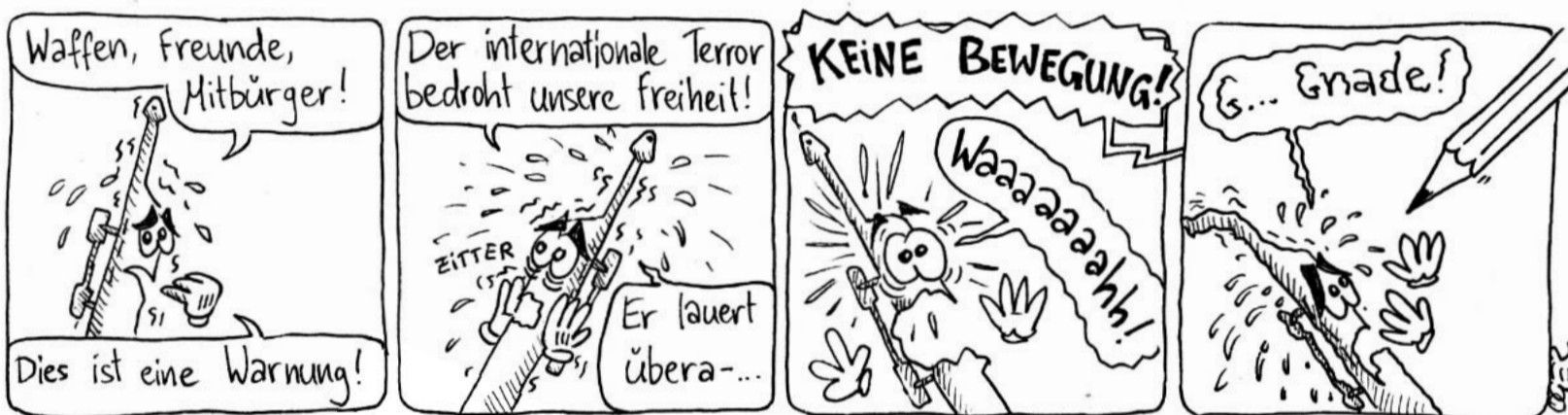
Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Die Teilnahme an einer Regionalgruppensitzung in Deiner Region ist ein unkomplizierter Weg, sich bei der GSoA aktiv einzubringen und zu engagieren. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



GREGOR
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	S M L XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	S M L XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Soldatenzeitung Panzerknacker		kostenlos	
	Diverse Kleber		kostenlos	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.- <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-				
Spende <input type="checkbox"/> Fr. _____ <input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-				
Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>				
Rechnungsbetrag				



Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Jannik Böhm (jb), Stefan Dietiker (sd), Tobias Estermann (te), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Josef Lang (jl), Thomas Leibundgut (tl), Nora Komposch (nk), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Tobia Schnebli (ts), Meret Schneider (ms), Fabian Stalder (fs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterliegen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.